

**Jürgen Hoffmann**

## **Freiheit und Demokratie gegen Ökologie? Überlegungen zur Vereinbarkeit von Freiheits- und Demokratiennormen mit einer ökologischen Politik in der kapitalistischen Industriegesellschaft<sup>1</sup>**

*Zusammenfassung: Kann die Ökologiekrise durch mehr Staatsintervention und mehr staatliche Zurückdrängung der Produzenten- und Konsumentenfreiheit bewältigt werden? Dieses Problem wird gemeinhin im Spannungsfeld von Staat und Markt diskutiert. Ausgehend von der These der Externalisierung sozialer Kosten durch die Privatwirtschaft und unter Bezug auf den Reproduktionskreislauf von Produktion und Konsumtion versucht der Beitrag, die emanzipatorischen und politischen Defizite beider Lösungsstrategien herausarbeiten. Plädiert wird für diskursive und beteiligungsorientierte Lösungen jenseits etatistischer und marktradikaler Konzepte. Solche Lösungen erfordern von der Politik nicht Deregulierung, sondern neue, innovative Regulierungsformen.*

### **Ökologiepolitische Fragen nach dem Desaster des »real existierenden Sozialismus«**

Die katastrophalen ökologischen Erblasten des nun nicht mehr »real existierenden Sozialismus« haben wohl auch eingeschworenen »Etatisten« offenbart, daß eine staatliche Kommandowirtschaft keineswegs den pfleglichen Umgang mit der Natur garantiert - so wie dies Marx einmal als wesentliche Aufgabe einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft gefordert hatte. In den folgenden Ausführungen soll die Frage, ob jenseits des Staatssozialismus eine regulierte gesellschaftliche Produktion vorstellbar ist, die das ökologische Problem besser lösen könnte als die privat-dezentrale - sprich kapitalistische - Produktionsweise. Ich werde mich aber mit dem - nicht zuletzt durch die Krise des Staatssozialismus aktuell gewordenen - Problem befassen, unter welchen Bedingungen eine sich historisch

---

1 Der folgende Essay behandelt auf einer scheinbar abstrakt-theoretischen Ebene das Ökologieproblem und seine politischen Alternativen. dem liegt jedoch eine intensive analytische und empirische Befassung mit dem Thema zugrunde und zwar im Rahmen eines zusammen mit Ulrich Mückenberger an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg durchgeführten Projekts über Chlorierte Kohlenwasserstoffe im gesellschaftlichen Kreislauf von Produktion, Anwendung in Produktion, Konsumtion und Entsorgung. Vgl. dazu die Veröffentlichung des Ergebnisberichts: Mario Dobernowski u.a. 1991. Hier wird auch zum Problem einer betrieblichen Präventionsstrategie, die im letzten Teil des Essays angedeutet wird, ausführlich berichtet. Daß in den hier vorgestellten Überlegungen das Problem der Verbindung betrieblicher und gewerkschaftlicher Probleme mit dem allgemein-gesellschaftlichen ökologischen Problem im Zentrum steht, ist daher nicht zufällig. Eine kurze Fassung des hier abgedruckten Beitrages ist in der Zeitschrift »perspektiven ds«, H. 1 (1991) erschienen.

scheinbar alternativlos präsentierende freiheitlich-demokratische Gesellschaft, die kapitalistisch-marktwirtschaftliche Formen des Wirtschaftens impliziert, das ökologische Problem in den Griff bekommen kann - und mit welchen gesellschaftlichen Kosten und Chancen dies verbunden ist.

Angesichts der ökologischen Krise liegt es für eine traditionalistisch-linke Theorie zunächst nahe, die Perspektive der »sozialen Demokratie« zu einer etatistisch organisierten »ökologisch-sozialen Demokratie« gegen die Eigentümerfreiheit auszuweiten, wobei dem Staat eine wesentliche Rolle bei der Durchsetzung ökologischer Interessen zukäme. Ökologische Interessen werden auf Basis langfristiger Präferenzen artikuliert. Um sie gegen kurzfristig dominante Interessen umzusetzen, wäre eine apriori gesellschaftliche Instanz notwendig - ein Postulat, das gegen die Dominanz einzelwirtschaftlicher und individueller Handlungs-rationalitäten und gegen die im Hinblick auf ökologische Erfordernisse rücksichtslos entwickelte funktionale Differenzierung in der Gesellschaft steht. Strenge staatliche Ökologiepolitik bis hin zur fiktiven »Ökodiktatur« des Staates scheint deshalb für einige kritische Zeitgenossen eine durchaus praktikable Lösung des Ökologieproblems zu sein, weil sie am ehesten der gesamtgesellschaftlichen Dimension dieses Problems gerecht werden würde - jedoch auf Kosten der Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums.

Wenn demgegenüber radikaldemokratische und zugleich rechtsstaatliche Lösungen als Wege zu einer emanzipativen Gesellschaft präferiert werden, muß mit Widersprüchen der gegebenen Gesellschaftsstrukturen (einschließlich ihrer demokratischen und rechtsstaatlichen Regulierung) gerechnet werden. Dabei sollte allerdings nicht allein auf die Risiken eines solchen Weges verwiesen werden, sondern ebenso auf seine Chancen. Dies setzt jedoch voraus, daß die kapitalistische Gesellschaftsform nicht aus der Kritik entlassen und plötzlich als »beste aller möglichen Welten« gepriesen wird; aus der radikalen Kritik der Gesellschaft müssen neue Emanzipationsperspektiven ohne repressive Krücken gewonnen werden. Dies ist die Aufgabe: Politische Lösungen zu entwickeln, in denen ökologische Lösungen jenseits repressiv-etatistischer und anonym-herrschaftlicher Marktlösungen verwirklicht werden können.

### **Eigentum, Freiheit und die Externalisierung sozialer Kosten**

Der Begriff der Freiheit ist historisch eng an den Eigentumsbegriff gekoppelt, er fällt sogar - bei den frühen Klassikern der Staatsphilosophie wie John Locke - mit der Eigentumsdefinition zusammen: Freiheit ist die Freiheit des Verfügungens über das natürliche Eigentum der einzelnen Person, über den eigenen Körper; umgekehrt setzt Eigentum - auf der Basis der Aneignung der Natur durch die Verausgabung der Kräfte dieses Körpers (Arbeit) - die freie Verfügung über materiellen Besitz voraus. Der Garant des so verstandenen Eigentums muß dabei eine von der privaten Eigentümergesellschaft getrennte »äußerliche Gewalt« sein. Diese Funktion, nämlich der Schutz des Eigentums vor den jeweils anderen

Eigentümern und Sicherung der Verkehrsformen der Individuen, fiel historisch dem bürgerlichen Staat zu. Der historisch gewachsene bürgerliche Staat verkörpert allgemein-gesellschaftliche Funktionen (Eigentumsgarantie, Tauschregeln), die die einzelnen Gesellschaftsmitglieder nicht wahrnehmen können oder wollen. Die allgemein-gesellschaftlichen Funktionen des Staates sind also von den Gesellschaftsmitgliedern getrennt und werden diesen äußerlich, durch die herrschaftliche Funktion des Staates aufgezwungen. Eine solche, gewiß noch viel zu abstrakte Staatsdefinition wird auch durch den Begriff des »sozialen Rechtsstaats« nicht aufgehoben, wohl aber wird sie durch das darin enthaltene Gleichheitspostulat herausgefordert.

Warum diese abstrakten Einleitungsbemerkungen? Die staatlich garantierte private Verfügung über Eigentum ist eine wesentliche Quelle des ökologischen Problems in der bürgerlichen Gesellschaft. Denn die freie Verfügung über Eigentum gemäß den jeweiligen Präferenzen bedeutet, daß die Eigentümer - ob Produzenten oder Konsumenten - bestimmte Kosten bei der Nutzung des Eigentums auf die Gesellschaft bzw. die Umwelt abwälzen können, sofern dadurch nicht direkt andere Eigentümer nachweislich geschädigt werden.

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion hat sich für diese Form der Kostenüberwälzung der Begriff der »Externalisierung von sozialen Kosten« durchgesetzt, ein Begriff, der in den 50er Jahren im Rahmen wohlfahrtsstaatlicher Überlegungen von K. William Kapp (1988) in die Diskussion gebracht wurde. Es sind dies Kosten, die der Gesellschaft durch die Gratisausbeutung der Natur (Beispiel: Wasser und Luftvernutzung), durch die Emission von Schadstoffen über Schornstein und Abwässerrohr, durch die Inkorporierung von Schadstoffen im Körper der Arbeitenden und durch die Nutzung von Produkten in Konsumtionsprozessen und als Altlasten entstehen. Dieser ruinöse Abwälzungsprozeß auf die Gesellschaft wird von den Gesellschaftsmitgliedern akzeptiert. Denn diese ziehen aus der dadurch möglichen Verbilligung von Waren unmittelbar Vorteile, stehen ihnen doch preiswerte Waren zur Anwendung in der Produktion und im Konsum zur Verfügung. Der Externalisierungsprozeß ist im Zusammenhang mit einem sozial vernetzten System zu verstehen: in ihm gibt es kurzfristige Vorteile auf allen Seiten, in Produktion wie Konsumtion. Das Ökologieproblem ist so nicht nur ein Problem einzelwirtschaftlich-rationalen Produzierens, sondern viel umfassender ein Problem, das in unseren Lebensstilen, im »way of life« verankert ist. Deshalb sind alternative, ökologisch verträglichere Formen des Produzierens, der Produkte und des Konsumierens auch gesellschaftlich schwer durchsetzbar. Deshalb erscheint auch das einfache Setzen von demokratischen Postulaten zur Lösung der Ökologiekrise reichlich naiv (vgl. zu dieser Vernetzung Giegel 1990).

Der Externalisierungsprozeß ist Ausdruck zweckrationalen Handelns im gegebenen ökonomischen und gesellschaftlichen System - und das ist immer noch (nota bene) ein privat-dezentral produzierendes kapitalistisches Reproduktionssystem. Das markt- und geldvermittelte Handeln impliziert unterschiedliche gesellschaft-

liche Inhalte: ökonomisch vermittelte gesellschaftliche Herrschaft auf der Kapitaleseite, Verfügen - oder auch Nicht-Verfügen - über Geld als Zirkulations- und Zahlungsmittel auf der Lohnarbeits- oder weiter gefaßt: der Konsumentenseite. Im Kern ist das Externalisierungsproblem daher nicht auf eine allein kapitalseitige »Quelle« bzw. Ursache zurückzuführen (und entsprechend eingengt analog zum Kapital-Lohnarbeit-Paradigma anzugehen), sondern auf kurzfristig zweckrationale Handlungskalküle von Akteuren im gesellschaftlichen Gesamtproduktionsprozeß; in diesem sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen systematisch ausgeblendet. Das »zweckrationale Handeln« auf Basis rechtlich abgesicherten Kapitaleigentums folgt dem abstrakten, »selbstreferentiellen« Code des »aus Geld (Kapital) mehr Geld (Profit)« machen oder - wie im Falle des Handelns von Eigentümern eines Konsumgutes - kurzfristigen Konsumpräferenzen und damit verbundenen ökonomischen Kalkulationen (Präferenzierung niedriger monetärer Kosten).

Recht in der Form des Eigentümerrechts verhindert also nicht ökologisch schädliche Externalisierungsprozesse. Im Rahmen der historisch entwickelten gesellschaftlichen Grenzen ermöglicht das Recht die Eigendynamik des ökonomischen Systems und die ihm impliziten Handlungsrationaltäten - mit der Folge von Externalisierungsprozessen. Ähnlich dem Problem der rechtlich abgesicherten ökonomisch vermittelten Herrschaft durch den Eigentumswechsel der Arbeitskraft sehen wir hier die Ambivalenz des Rechtsbegriffs: Rechtlich garantierte Freiheit in der Eigentumsnutzung durch Produzenten und Konsumenten erlaubt in der gesellschaftlichen Reproduktion zugleich massive Beeinträchtigungen der Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft bzw. ihrer natürlichen Ressourcen. Erst im Nachhinein, sozusagen in einem zweiten Schritt, wirkt Recht dann zum Schutze Dritter, durch Auflagen oder Grenzwertsetzung, und schränkt die Freiheit der Nutzung und der Externalisierung wieder ein.

Dies geschieht zunächst wiederum auf Basis des Eigentümerrechts, dann nämlich, wenn Dritte nachweislich in ihren Lebens- und Besitzbedingungen beeinträchtigt werden. Bekanntlich ist aber der einzelfallbezogene, monokausal zu konstruierende Nachweis - bei Emissionen beispielsweise auf Basis des Umwelt- bzw. Arbeitsschutzrechts - aufgrund der geltenden Beweisregeln, die die Beweislast dem Kläger, also dem mutmaßlich betroffenen Individuum auferlegen, nur schwer zu führen. Insofern garantiert die Praxis des Eigentümerrechts gerade keinen »Schutzautomatismus« gegenüber Externalisierungen. Nicht das funktional auf die Strukturen der Eigentümergesellschaft bezogene Recht, sondern die politische Artikulation von Interessen durch betroffene Dritte bzw. ganze Bevölkerungsgruppen gegen die Folgen von Externalisierungsprozessen und/oder im Betrieb der Kampf gegen Belastung und Vernutzung der Arbeitskraft stehen daher auch im Zentrum der öffentlichen Diskussion um die Ökologiekrise.

Politisch artikulieren sich Interessen im Kontext des Ökologieproblems aber sehr verschieden: Im Sinne von A.O. Hirschman (1970) gibt es zwei Artikulationsformen, die mit »voice«-Optionen ausgestattet sind: *Erstens* stehen den von

Externalisierungsprozessen betroffenen Bürgern die grundrechtlich abgesicherten allgemeinen Artikulationsmöglichkeiten in einer kritischen Öffentlichkeit außerhalb des ökonomischen Systems zur Verfügung. *Zweitens* gibt es die kollektiven Rechte der unmittelbaren Produzenten und deren Artikulation von Arbeits- und Umweltschutzthemen im Betrieb.<sup>2</sup>

Daneben steht den Individuen freilich *drittens* auch eine Artikulationsebene mit einer »exit-Option« zur Verfügung: das ökologiebewusste Verhalten der Individuen als Konsumenten auf den Konsumgüter-, aber auch auf den Produktionsmittelmärkten, die zusammen wesentliche Voraussetzungen der politischen Durchsetzung einer gesellschaftlichen Kritik und Kontrolle von Externalisierungsprozessen bzw. deren Prävention sind. Auf die Bedingungen dieser Art von Interessenartikulation wird unten noch einzugehen sein.

In den bürgerlichen Gesellschaften sind also die Systemstrukturen, die ökologisch höchst problematisch sind und sogar katastrophische Folgen zeitigen können, zugleich mit politischen und rechtlichen Möglichkeit der Artikulation von Kritik an dem zweckrationalen, ökologisch indifferenten Handeln von Unternehmen und Individuen verknüpft. Zumindest gehen sie auf dieselbe Rechtsquelle, auf Eigentum und Freiheit des bürgerlichen Individuums, zurück. Die Spannung von Freiheitsrechten der Kritik und rechtlich allgemein möglichen Externalisierungsprozessen auszuhalten, ist Bedingung für eine politische Orientierung, die die Bewältigung des Ökologieproblems weder dem Markt überlassen noch der Herrschaftsgewalt des Staates und der Bürokratie allein anheimgeben will. Dies verweist auf die Frage nach den Möglichkeiten der Entstehung einer ökologiekritischen Öffentlichkeit.<sup>3</sup>

## Demokratie und ökologische Frage

Prinzipiell ermöglichen freiheitliche Strukturen also zunächst ein »Ausleben« einzelwirtschaftlich-kapitalistischer bzw. individuell-konsumtiver Interessen, wodurch aber soziale Kosten verursacht werden. Demokratische Interessenartikulation, verbunden mit den dadurch für die Politik gesetzten Legitimationszwängen, transportiert diese Interessenkonstellationen in das politische System. Die sehr nachdenkenswertes Parole von den »freien Bürgern«, die »freie Fahrt« fordern, ist hier nur die »Spitze des Eisbergs«. Denn diese »freien Bürger« handeln so, wie es ihnen als Eigentümer (hier: eines Konsumgutes) in der bür-

2 Die Zuordnung dieser Funktion zur »voice«-Option könnte dahingehend kritisiert werden, daß ja auch Arbeitnehmer/innen eine »exit«-Option dergestalt hätten, daß sie den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu gegebenen Arbeits- und Umweltschutzbedingungen verweigern und in andere Betriebe bzw. Branchen abwandern könnten. Ein oberflächlicher Blick auf die Arbeitsmarktstrukturen relativiert allerdings diese abstrakt sicherlich zutreffende Möglichkeit.

3 Und hat nicht - so könnte die Eingangsfrage hier wieder aufgenommen werden - gerade das Fehlen der auf den Freiheitsrechten aufbauenden öffentlichen Artikulationsinstanzen ermöglicht, daß das Ökologiethema im »real existierenden Sozialismus« dethematisiert werden konnte?

gerlichen Gesellschaft zusteht: nämlich den eigenen, individuellen Präferenzen gemäß. Das darin enthaltene handlungstheoretische Problem ist aus der spieltheoretischen Diskussion - erinnert sei an die »Tragödie der öffentlichen Güter« und das »Gefangenendilemma« - nur allzu bekannt: Niemand der vereinzelt Handelnden kann sicher sein, daß sein ökologisch bewußtes Handeln, z.B. der Verzicht auf kostengünstige, aber umweltschädigende Produkte, der Verzicht auf das Auto etc. auch von den anderen Verkehrsteilnehmern dahingehend honoriert wird, daß diese selbst ökologisch bewußt handeln und ebenfalls auf die Verwendung preiswerter, aber umweltschädigender Produkte oder das Auto verzichten und auf diese Weise die Umwelt zum Nutzen des ersteren und aller effektiv schonen.

Die Trennung und der Gegensatz zwischen individuellen und allgemein-gesellschaftlichen Interessen reproduziert sich in bürgerlich-demokratischen Gesellschaften in der »klassischen« Trennung von privater Gesellschaft, deren Repräsentant der »bourgeois« ist, und politischer Gesellschaft, repräsentiert durch den Staatsbürger, den »citoyen«. Diese Trennung produziert eine dem Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche »Schizophrenie« der Interessen; deren Bewältigung wird ihm allerdings erleichtert durch die Trennung von bürgerlichem Alltag, in dem Einzelinteresse-geleitetes, zweckrationales Handeln dominiert, und staatsbürgerlicher Bestellung von politischen Repräsentanten durch Wahlen.

Allgemeine gesellschaftliche<sup>4</sup> Interessen bzw. Erfordernisse, die vom Staat durchgesetzt werden, erscheinen dem Individuum entfremdet - als äußerlicher politischer Zwang; der kann sich bis zu einer von der Gesellschaft und damit den »egoistischen Einzelinteressen« strikt getrennten politischen Herrschaft, einem Hobbes'schen »Leviathan«, zuspitzen. Zugleich überschneidet sich dieses Herrschaftsproblem mit dem Effizienzkriterium der Politik: Denn wie könnte angesichts des komplexen Ökologieproblems zum Beispiel ein solcher politischer Zwang überhaupt aussehen, wenn - wie aus der Systemtheorie, aber auch aus der kritischen Staatsdiskussion bekannt - das politische System gar nicht über die notwendige Komplexität verfügt, um den gesellschaftlichen Problemstellungen gerecht zu werden? Darauf wird zurückzukommen sein.

Wie ist dieses offensichtliche Dilemma von Eigentum/Freiheit garantierenden Grundrechten, Demokratienorm und den zum Zwecke des Überlebens der Gattung notwendigen gesellschaftlichen Präferenzen individuellen Handelns aufzulösen? Abgesehen davon, daß auch in der bürgerlichen »Normalität« diese

---

4 Diese Darstellung suggeriert, als ob der bürgerliche Staat stets gesellschaftliche Interessen gegen individuelle Präferenzen politisch - ausgestattet mit dem Monopol physischer Gewaltanwendung - durchsetzte. Dies gilt aber nur abstrakt, bezogen auf die oben angeführten allgemeinen Funktionen gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft. Die konkrete Politik wird selbst wesentlich von den Erfordernissen, »Sachzwängen« und unterschiedlich gewichteten Interessen in der bürgerlichen Gesellschaft geprägt. Auf die dazu breit in der kritischen Linken geführte »Staatsdiskussion« kann hier aber nicht eingegangen werden. Vgl. dazu als Überblick und Zusammenfassung Brandes u.a. 1977

abstrakte Trennung von individuellen und gesellschaftlichen Interessen empirisch nicht gelebt werden kann (Akteursrationalitäten sind zunächst einmal analytische Konstrukte), gibt es auch explizite Gegenbeispiele, in denen der hier dokumentierten kurzfristigen Zweckrationalität des Handelns nicht gefolgt wird: So zeichnen sich z.B. Mitglieder sogenannter neuer sozialer Bewegungen, doch nicht nur sie, gerade durch eine »Reflexivität« ihrer Interessen aus: Ein guter Staatsbürger ist hier zwar - so Ulrich K. Preuß -

»nicht dadurch charakterisiert, daß er ein 'reiner citoyen' ohne jede Beimischung 'bourgeoisier' Elemente ist, d.h. sich von nichts anderem als vom 'Gemeinwohl' leiten läßt - vielmehr verfolgt er durchaus seine Interessen und Präferenzen, verhält sich jedoch zu ihnen ebenso wie zu seinem Handeln reflexiv: Idealerweise handelt er so, wie er kraft der ihm möglichen Einsicht in seine 'wahren' Interessen auch handeln könnte, wobei dieses 'wahre' Interesse stets auch die Berücksichtigung der Interessen der anderen wie der zukünftigen Generationen erfordert« (Preuß 1989, S. 9).

Auf unser Thema bezogen: Würde sich Handeln einerseits allein am »Gemeinwohl« orientieren, dann wäre die soziale Legitimierung einer Öko-Diktatur über die »Uneinsichtigen« - analog zu einer Tugendherrschaft Robespierre'scher Prägung - nicht auszuschließen. Orientiert sich Handeln demgegenüber allein an kurzfristig rationalen Präferenzen, sind andererseits Externalisierungsprozesse sozialer Kosten eine notwendige Folge.

Demgegenüber käme es darauf an - und davon scheint es in den neuen sozialen Bewegungen ein Bewußtsein zu geben -, die eigenen Interessen in Bezug auf langfristige gesellschaftliche und ökologische Folgen zu reflektieren, also diese Interessen gerade nicht nur in ihrer Selbstreflexivität zu belassen bzw. von einem gleichgerichteten Verhalten anderer abhängig zu machen. Anders ausgedrückt: Indem die Individuen Reflexivität in ihr Handeln einbauen, heben sie ein Stück weit die Entfremdung von ihren eigenen gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen auf. Eine solche Reflexivität ist nicht zu regeln, zu verordnen; allerdings sind demokratische und rechtsstaatliche Regeln eine Voraussetzung ihrer Existenz bzw. Wirksamkeit.

Eine so geartete Interessenorientierung ist zugleich Voraussetzung und Resultat entwickelter politischer Kultur, die diskursiv verankert ist, in der also Reflexivität nicht durch Standpunkt-Entscheidung verhindert wird. Denn gesellschaftliche Interessen ohne äußeren herrschaftlichen Zwang in individuellen Interessen zu verankern, um so die aus der »rational choice«-Theorie bekannten Dilemmata umgehen zu können, setzt einen Lernprozeß voraus; dieser kann weder von oben verordnet noch durch abgeleitete »wahre« Interessen entschieden werden. Ein solcher Prozeß entwickelt sich nicht voraussetzungslos, sondern in den vom ökonomischen und gesellschaftlichen System »freigegebenen« Handlungskorridoren, die selbst veränderbar sind - durch gesellschaftliche Praxis. Im Resultat müßten die Individuen innerhalb der ausdifferenzierten Struktur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse die Geltungskriterien ihrer jeweiligen Handlungsfelder nach ihren Voraussetzungen und Folgen kritisch reflektieren und verändern lernen (vgl. Demirovic in diesem Heft) - was den Konflikt um die Durchsetzung dieser Kriterien nicht ausschließt.

Solche Lernprozesse scheinen daher auch nicht zufällig erst jenseits einer gewissen Entwicklung der materiellen Bedingungen des Überlebens und der Bildung allgemein möglich zu sein. So wurde denn auch der »Wertewandel«, dem jene Reflexivität immanent ist, bekanntlich (vgl. die kontroverse Diskussion um die Thesen von Ronald Inglehart (1977)) zunächst in eher mittelständisch-bildungsbürgerlichen, wenngleich i.d.R. lohnabhängigen Schichten festgestellt. Überhaupt scheint zumindest vorerst die Aufklärung über alltägliche negative Veränderungen bzw. deren komplexe Ursachen ein wesentlich wirksamerer Hebel ökologischer Bewußtwerdung und engagierter Interessenvertretung zu sein als die unmittelbare Erfahrung der Verschlechterung von Arbeits- und Umweltsituationen; die scheint sich in den Klassenzumutungen, der Alltagsroutine und den Alltagszwängen bzw. anders gelagerten Orientierungsmustern des Handelns (z.B. produktivistischen Orientierungen) zu verflüchtigen.

### **Ökologieproblem, Organisations- und Politikstrukturen: Warum die einfachen Antworten nicht hinreichen**

Diskursivität ist also Bedingung eines Lernprozesses, der reflexives Handeln ermöglicht. Aber auch das »Thema« des Diskurses selbst, die Ökologie, schließt gerade jene einfachen Lösungen, die durch Systemstrukturen vorgegeben sind und die dann durch hierarchische Organisations- und Politikstrukturen vermittelt werden könnten, aus. Am Beispiel der Gewerkschaften, die ja unmittelbar mit der Vertretung von zweckrational formulierten Einzelinteressen befaßt sind - nämlich von Einkommensinteressen, die in der Regel kurzfristigen Präferenzen folgen -, soll dies im Folgenden verdeutlicht werden.

Für die marxistische Position - bzw. für das, was in der politischen Praxis daraus gemacht wurde - war ja der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital hinreichend, um gesellschaftliche und individuelle Interessen auf einfache, vereinheitlichende Formeln und Forderungen zu bringen. Konnte die klassische Arbeiterbewegung die »besonderen Interessen des Proletariats« noch euphorisch als »allgemeine Emanzipationsinteressen der Gesellschaft« feiern, so könnten wir dieser Argumentation heute nur noch unter der Bedingung folgen, daß das Proletariat unter seinen Interessen wirklich die Aufhebung des bei Marx nachlesbaren »Grundwiderspruchs« - nämlich dem des »prozessierenden Werts« und mithin die Aufhebung der abstrakten Herrschaft und des abstrakten Wachstums - verstünde und wenn zugleich die »allgemeinen Emanzipationsinteressen« nicht zur Legitimation staatlicher Repression dienen. Im Widerspruch des »prozessierenden Werts« wäre nämlich die ökologische Fragestellung *in nuce* enthalten.

Warum erweist sich diese Interessenorientierung angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung und der ökologischen Krise als unzulänglich? Die Antwort muß lauten: Ökonomische wie ökologische Interessen sind nicht allein an die Schwerkraft von Kapital und Akkumulationsprozeß gebunden (Sicherung der Einkommensquellen durch Akkumulation); selbst eine Politik, die diese Interes-

sen auf der ökonomischen wie auf der ökologischen Ebene aufnahme, würde der tatsächlichen Komplexität der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung und ihrer ökologischen Dimension nicht gerecht.

Bereits auf der ökonomischen Ebene ist heute eine einfache Interessenformulierung kaum noch mit Solidaritätsnormen ineins zu setzen (vgl. auch Hoffmann u.a. 1990, S. 99ff.). Eine umstandslose Verbindung von ökonomischen und ökologischen Interessen ist darüber hinaus nur noch mit höchst fragwürdigen Argumentationsfiguren (»Umweltschutz, der Arbeitsplätze schafft«) möglich. Demgegenüber käme es gerade darauf an, sich des u.U. sehr scharfen Gegensatzes von einzelwirtschaftlich definierten Akkumulationszielen und daran gebundenen Arbeitsplatzinteressen und Konsumstrukturen und ökologischen Prämissen bewußt zu werden. Ein auf den ökologischen Diskurs zugeschnittenes Forderungspaket sind eben nicht als Gratisgabe des Kapitals zu haben; ökologische Erfordernisse stehen in der Regel gegen ökonomische Interessen der Arbeitnehmer als Besitzer der Einkommensquelle »Arbeitsplatz« und als Konsumenten wohlfeiler Waren.

Ökologische Problemstellungen sind innerhalb wie außerhalb des Betriebs hochkomplex. Sie können nicht durch quantitative Kompromisse zwischen Lohnarbeit und Kapital bzw. innerhalb der Lohnarbeit aufgehoben werden - auch wenn kompensatorische Leistungen (mehr Lohn für Gefahrstoffe am Arbeitsplatz, Schichtarbeit etc.) und die schon angesprochene versöhnliche Formel vom Umweltschutz, der Arbeitsplätze schafft, von den Gewerkschaften gerne anvisiert werden. Ökologische Problemstellungen zeichnen sich zudem durch hohe systemische Vernetzung aus und sind auch von daher einfachen Lösungen und darauf aufbauenden Forderungen kaum zugänglich; denn »der Verursacher« verschwindet als Akteur in den komplexen ökonomisch-ökologischen Kreisläufen und die Gesellschaft stützt als materielles Reproduktionssystem und als System von darin fixierten Interessen den ökologisch ruinösen Kreislauf.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Wenn zwei Drittel der z. Zt. monetär berechneten ca. 120 Mrd. DM bis 400 Mrd. DM jährlicher Umweltschäden in der Bundesrepublik (die Berechnungen sind bezeichnenderweise sehr verschieden) auf »den Verkehr« rückführbar sind, dann ist dafür nicht allein die Intransigenz von Kapitaleignern und Managern in der Automobilindustrie verantwortlich, sondern es sind gesellschaftlich fixierte Produktions- und Konsumtionskreisläufe, in denen ein Verursacher nur schwer auffindbar sein wird. Ähnliches ließe sich von den zahlreichen (ca. 1000) jährlich neu entwickelten chemischen Substanzen sagen, die in Produktion, Konsumtion und als Altlasten jeweils ganz unterschiedliche Nutzungs- und Gefahrenpotentiale darstellen (die durch synergetische Effekte nochmals potenziert werden können). Nutznießer wie Geschädigte lassen sich auf allen Ebenen finden.<sup>5</sup>

---

5 Insofern kann ich der Kritik von Alex Demirovic an Ulrich Preuß dann nicht folgen, wenn er dessen Beschreibung unseres gesellschaftlichen Systems als »ungewiß« mit dem Hinweis auf die Erklärung der ökologisch bedrohlichen Großtechnologien aus den kapitalistischen Produktions-

Diese Beispiele zeigen auch, wie die zunächst im Bereich der Produktion zu verortenden Externalisierungsprozesse ihrerseits durch die Konsumtionsstruktur, durch die gesellschaftlich bereitgestellten Voraussetzungen für Produktion und Konsumtion (Wissenschaft, Technikentwicklung, Infrastruktur) und durch die dominanten sozialen Verkehrsformen und Lebensstile in der Gesellschaft gestützt und bestätigt werden. Dabei ist es gerade die Fixiertheit dieser gesellschaftlichen Verkehrsformen und die Differenziertheit der Nutzungs- und Gefahrenmöglichkeiten, welche zur subjektiven Vernachlässigung der gesellschaftlichen Dimensionen führen - weil weder individuelle Alternativen sichtbar sind, noch unmittelbare, dem Individuum bzw. der einzelnen Wirtschaftseinheit zurechenbare Beeinträchtigungen und Kosten (Nutzungssanktionen) jenseits der bereits in Geldeinheiten geleisteten Kosten eintreten. Das wiederum heißt, daß Lösungen nicht nur produktionsseitig gefunden werden müßten, sondern auf allen Ebenen des »way of life« zu entwickeln wären. Und in der Tat entfaltet sich ja auch die ökologische Diskussion gerade außerhalb der »Schwerkraft des Kapitals« und der darin fixierten Interessenstrukturen, nämlich im »Reproduktionsbereich«.

Wollen politische Organisationen und Interessenverbände (Parteien, Gewerkschaften) - und der Zentralstaat - diese komplexen Problemstellungen aufgreifen, müßten sie ihre Strukturen für diese Dimensionen paßfähig machen: Auch wenn allgemein-politische Lösungen »aus einem Guß« unmöglich geworden sind, so verlangt doch gerade die gesellschaftliche bzw. die globale Dimension ökonomisch-ökologischer Kreisläufe nach umfassenden politischen Konzeptionen. Im Schlagwort »global denken - lokal handeln« wird eben dieser Widerspruch ausgedrückt.

Hierarchisch-zentralistische Organisationen und Politikstrukturen müßten an der Komplexität der Interessenvertretung im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie scheitern. Denn solche Organisationen und Politiken präferieren einfache Ziele auf Basis einfacher und eindeutiger Informationen. Notwendig werden aber Organisations- und Politikformen, die Lösungen und damit einheitliche Ziele als Ergebnis und nicht als abgeleitete Voraussetzung formulieren, die also »diskursiv« verfahren und Öffentlichkeit möglich machen. Es ginge also zuvorderst darum, um rationale und von allen Beteiligten auf der Basis des Diskurses anerkannte Lösungen zu ringen. Daß Bürgerinitiativen nicht einer zentralistisch-hierarchischen Organisations- und Politiklogik folgen, macht einen Gutteil ihres Erfolges aus; auch wenn in diesem Fall, weil formale Organisationsstrukturen

---

verhältnissen kontert: Das kapitalistische Reproduktionssystem muß als ein sich rapide ausdifferenzierendes, Unsicherheit produzierendes System begriffen werden, gerade weil privat-dezentral und nach Maßgabe des »prozessierenden Werts« organisiert; seine Analyse kann zwar die Erkenntnis über Handlungszwänge und Handlungskorridore zum Ergebnis haben, das Problem der Steigerung von Unsicherheit über die Zukunft durch Systemausdifferenzierung jedoch nicht hinreichend lösen. Darüber hinaus ist ja mit der Einschränkung oder gar Aufhebung des auf dem Kapitalverhältnis beruhenden Systems - dies einmal als möglich unterstellt - noch nicht das konkrete Problem des Risiken produzierenden technischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Prozesses der Ausdifferenzierung gelöst (vgl. dazu Giegel 1990 und Perrow 1986).

fehlen, der Nachteil diskontinuierlicher Entwicklung in Kauf genommen werden muß.

### **Basisorientierung und politische Kultur**

Ökologisches Handeln ist wegen der komplexen Strukturen in Produktion und Konsumtion nicht zentralistisch von oben zu »verordnen«; es ist erst in der Vielfalt der Aktionen und den damit unmittelbar vor Ort gegebenen Erfolgskontrollen durch Betroffene und Beteiligte möglich und effektiv (einmal abgesehen von den unten angesprochenen politischen Rahmenbedingungen). Vor diesem Hintergrund gewinnen Konzepte wie die der »Basisdemokratie«, der »Mitbestimmung am Arbeitsplatz« und der »Konsumentenmacht« eine neue Bedeutung. Nicht etwa in dem Sinne, daß die »Basis« in Bezug auf ökologische Fragen stets besser motiviert oder auch nur informiert wäre als die »Führung« bzw. die Organisationen und politischen Institutionen, wohl aber in dem Sinn, daß »vor Ort« - sei es im Betrieb, sei es in der Region, sei es im einzelnen Haushalt - die Probleme eher im Kleinen erkannt und Lösungen problemgerechter formuliert werden können. Dabei ergibt sich ein ökologisches Verhalten der Betroffenen/Beteiligten nicht im Selbstlauf; es hat einen ökologischen Lernprozeß zur Voraussetzung.

In diesem Zusammenhang gewinnt die vorurteilslose und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Technikern an Bedeutung. Denn viele ökologischen Zusammenhänge sind mit einem aus der Erfahrung gewonnenen Wissen kaum zu erkennen, aufzuarbeiten und zu bewältigen. Doch beide Seiten, Wissenschaft und betroffene Gruppen/ Individuen, dürften Erfahrungen und die für ökologische Themen unverzichtbaren (natur-)wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht in den bis heute vorherrschenden Rastern austauschen: Weder »Intellektuellenfeindschaft« als Selbstversicherung des Klassenstandpunkts oder der sozialen Distinktion bei Arbeitnehmern/innen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, noch die andere Seite der Medaille, nämlich die »Wissenschaft im Dienste des Proletariats oder des Volkes« als Fortschrittsversicherung bei den Wissenschaftlern/innen sind hier angemessene Kommunikationsgrundlagen. Die Kommunikation muß auf beiden Seiten offen sein, um adäquate Problemerkennntnis und -verarbeitung zu ermöglichen. Gerade Bürgerinitiativen, die allerdings vor allem von eher intellektuellen Mittelschichten getragen werden, haben Modelle einer solchen Zusammenarbeit entwickelt. Allerdings enthält diese Kommunikation von Wissenschaft und Erfahrungswissen auch die Gefahr, daß durch Verwissenschaftlichung der Protestbewegungen eine stillschweigende »Entpolitisierung« eingeleitet wird und die Oppositionsbewegungen - wenn sie sich in der Sprache der offiziellen, wengleich alternativen (Natur-)Wissenschaft artikulieren, für die Gegenseite kalkulierbar werden (vgl. Schramm 1990). Erfahrungswissen und die darin enthaltene politische Sprengkraft müßten also in einem solchen Kommunikationsprozeß gegenüber dem wissenschaftlich-technischen Wissen von Experten gleichberechtigt bestehen bleiben.

Basisdemokratische Lösungen in der Ökologiekrise setzen eine politische Kultur der Reflexion von Handlungsvoraussetzungen und langfristigen Handlungsfolgen voraus - wenn sie nicht in die Fallstricke einfacher Gesellschaftsinterpretationen geraten sollen. Solche neben dem Erfahrungs- und Produzentenwissen koexistierenden einfachen Gesellschaftsinterpretationen (z.B. ein dichotomisches Gesellschaftsbild) sind aber gerade der Basis (in den Gewerkschaften, in Parteien, aber auch in außerbetrieblichen Oppositionsbewegungen, Bürgerinitiativen) eigen; sie sind oft wesentlicher Bestandteil subjektiver Orientierungsmuster des Handelns. Die Alltagsöffentlichkeit baut nicht zuletzt darauf auf. Arbeiterschaft und Gewerkschaften, die allein der politischen Kultur des Verteilungskonflikts oder Individuen, die in der Konsumtionssphäre allein ihren kurzfristigen Nutzenpräferenzen verhaftet bleiben oder Organisationen, die ihre Mitglieder nur als Abhängige des Kapitals bzw. des Reproduktionsprozesses der Gesellschaft wahrnehmen, sie alle greifen auf Bewußtseinsinhalte zurück, die das politische Handeln in die Schwerkraft des Kapitals (in Produktion und Konsumtion) einbinden - und die schließt eben Externalisierungsprozesse ein. Ein ökologischer Politikansatz verlangt deshalb auch nach einer Veränderung der politischen Kultur »an der Basis« der Gesellschaft. Insofern kann ein »basisdemokratischer« Ansatz paradoxerweise nicht unvermittelt auf das Bewußtsein an der Basis setzen. Basisdemokratie, Mitbestimmung, Partizipation etc. bleiben bloße Modelle, abstrakte Form, wenn nicht die jeweilige politische Kultur innerhalb und außerhalb des Betriebes und in der Gesellschaft entwickelt ist bzw. so lange solche Entwicklungen, Lernprozesse nicht initiiert und ermöglicht werden.

### **Politische Chancen ökologischer Politik in der entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft**

Marx hat den Kapitalismus als eine sich selbst aufhebende Produktionsweise beschrieben. Eine wesentliche ökonomische Voraussetzung dieser Selbstaufhebung ist bei ihm der dem Kapital immanente Widerspruch, der sich im Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ausdrückt - ein Widerspruch, der allerdings ohne den sozialen Akteur, das Proletariat, von sich aus nicht zu einer revolutionären Entwicklung führt, sondern lediglich die Begrenztheit der »auf dem Wert basierenden Produktionsweise« signalisiert. Heute sehen wir, da sich der Kapitalismus auch dann aufhebt, wenn nicht der Niedergang der Profitrate, sondern die irreversible Zerstörung der globalen natürlichen Grundlagen jedweden Wirtschaftens die Ökonomie unmöglich macht - weil das Überleben selbst in Frage gestellt wird. Die ökologische Form der »Selbstaufhebung des Kapitalismus« wird bei Marx nur als eine Möglichkeit auf der Basis des abstrakten Wachstums- und Verwertungszwangs angedeutet (dann nämlich, wenn er im »Kapital« auf die Kapitalisierung der Agrikultur Bezug nimmt).

Marx ist allerdings dann falsch verstanden worden, wenn die »Selbstaufhebung« als eine Art physikalischer Prozeß nach dem Muster des »Produktivkräfte spren-

gen die Produktionsverhältnisse«<sup>6</sup> interpretiert wurde. Die allgemeine Frage ist bei ihm vielmehr, inwiefern der entwickelte Kapitalismus im Prozeß seiner Bestandserhaltung selbst Resultate erzeugt, die über seine gesellschaftliche Dominanz hinausweisen.

In den westlichen Industrieländern lassen sich heute nicht nur die Potenzierung von sozialen und ökologischen Risiken, sondern - als Ergebnis beschleunigter kapitalistischer Akkumulation und gesellschaftlichen Modernisierung - auch neuartige gesellschaftliche Chancen feststellen; dies sind Entwicklungen, die bei Marx wohl unter dem Stichwort von der »zivilisatorischen Tendenz« des Kapitalismus zu finden wären. Zwar wird in kapitalistischen Gesellschaften

»...in der Form des gesellschaftlichen Kompromisses auch über das vorherrschende gesellschaftliche Naturverhältnis, über die Form der Naturneignung, den Arbeitsprozeß und seine Organisation in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wie über die Form der Koordinierung und Regulierung entschieden...« (Demirovic in diesem Heft S. 458).

Doch sind Kompromißstrukturen selbst innerhalb der Grenzen des Systems veränderbar und können so neue Handlungskorridore für das Handeln der Akteure eröffnen oder erzwingen. Gerade am Beispiel ökologischen Bewußtseins und Handelns läßt sich dies zeigen - wobei hier exemplarisch auf drei gesellschaftliche Gruppen von »Akteuren« Bezug genommen werden soll:

*Erstens:* Auf der Seite der »Lohnarbeit« ist unverkennbar, daß durch eine historisch einmalige Steigerung des durchschnittlichen Lebensstandards die große Mehrheit der Arbeitnehmerschaft aus der Situation unmittelbarer Existenzbedrohung herausgehoben wurde. Obwohl klassische Zumutungen der Lohnabhängigenexistenz (ökonomisch vermittelte Herrschaft, relative Unterprivilegierung, Unsicherheit des Arbeitsplatzes) nach wie vor Bestand haben, kommt heutzutage eine verstärkte Ausdifferenzierung zum Tragen, die auch Individualisierungsprozesse einschließt. Dies bedeutet zugleich, daß auch in den Arbeitnehmerschichten subjektive Orientierungsmuster des Handelns nicht mehr dominant aus der materiellen Existenzbedrohung heraus erklärbar sind (wenn dies denn je allgemein so war, vgl. dazu Giegel u.a. 1988); es können verstärkt individuelle Ansprüche an Arbeit und Freizeit entwickelt werden, die den ökologischen Diskurs einschließen. Ökologische Politiken innerhalb und außerhalb des Betriebes haben deshalb bei den Beschäftigten durchaus eine Chance - solange die Einkommensquelle (Arbeitsplatz) selbst nicht bedroht ist. So zeigen empirische Untersuchungen, daß in der Arbeiterschaft ein ökologisches Bewußtsein nicht allein im Hinblick auf die Ökologie des eigenen Körpers im Betrieb (Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz) vorhanden ist, sondern daß im gesamten Lebensprozeß der Lohnarbeiterschaft ökologische Interessen und Verhaltensweisen an Bedeutung gewinnen. Der »ökologische Diskurs« (so z.B. Heine/Mautz 1989) hat auch die Arbeiterschaft erreicht. Initiativen zur Beschäftigungssicherung auf regionaler

---

6 Es sei hier nicht verschwiegen, daß Marx und Engels solchen mechanistischen und deterministischen Interpretationen an vielen Stellen ihrer Arbeiten Vorschub geleistet haben; erinnert sei nur an die heroischen Schlußfolgerungen im 24. Kapitel des ersten Bandes des »Kapital«.

Ebene vermitteln daher inzwischen auch ganz gezielt den ökonomischen Sicherungsaspekt mit ökologischen Notwendigkeiten - dies geschieht in dem Wissen, daß eine zukunftsorientierte Beschäftigungspolitik nicht auf ökologisch problematischen Produktionen oder Produkten aufbauen kann.

*Zweitens:* Auch auf der Seite des »Kapitals« wird der ökologische Diskurs in der Gesellschaft durchaus ernst genommen, und zwar nicht nur von den Unternehmen, die als Produzenten von Umweltschutzprodukten direkt davon profitieren. Innerhalb neuer Unternehmensstrategien werden die Externalisierungsprozesse längst nicht mehr nur unter eng ökonomischen Gesichtspunkten gesehen; immer häufiger wird eine positive Unternehmenskultur, die auch das ökologische Bild des Unternehmens nach innen und außen umfaßt, als Teil mittelfristig erfolgreicherer Unternehmensplanung und des Marketings begriffen. Sicherlich sind auch Ansätze von »corporate identity«, die ökologische Aspekte einschließen, eher Mittel zum Zweck - der Aufrechterhaltung von innerbetrieblicher Herrschaft und der Sicherung mittelfristiger Rentabilität. Allerdings sehen sich die Unternehmen dazu aus zweierlei Gründen gezwungen: Wenn die Öffentlichkeit eine ökologische Verantwortung der Unternehmen einfordert und auf dem Markt sanktionieren kann - im Sinne der o.a. »exit«-Option von Konsumenten - müssen die Unternehmen aus eigenem ökonomischen Interesse ökologisches Bewußtsein demonstrieren. Und wenn sie im Zusammenhang mit der Einführung neuer Produktionskonzepte einen Zugriff auf die betriebsinterne Öffentlichkeit und die Sozialisationsprozesse ihrer »Mitarbeiter« behalten wollen, müssen sie auch den ökologischen Diskurs in den eigenen Unternehmen aufnehmen. In dieser Hinsicht ist eine auf »corporate identity« zielende Unternehmenskultur abhängig von öffentlichen Kommunikationsprozessen und nicht zuletzt auch von der Wahrnehmung von »voice«-Optionen durch die Ökologiebewegung.

Darüber hinaus ist dabei die allgemein geteilte Einsicht im Spiel, daß Folgen der Externalisierung sich in schlechteren Produktionsvoraussetzungen, höheren Steuern und Abgaben und in Schädigungen der Produktion selbst (z.B. durch Korrosionsprozesse) auch auf die Unternehmenskalküle negativ auswirken. Eine solche einzelwirtschaftliche Einsicht, das zeigt das Beispiel des Kampfes um den Zehnstundentag, ist freilich noch keine hinreichende Bedingung, um den Einzelunternehmer zur Übernahme dieser Kosten und einer dadurch u.U. bewirkten Verschlechterung der eigenen Konkurrenzposition zu bewegen. Auch ist der Grad seiner Konzessionsbereitschaft in einem hohen Maß von ökonomischen Bedingungen abhängig, die nicht politisch zu bestimmen sind (Konjunktur, Weltmarktposition etc.) und die seinen Handlungskorridor ökologischen Handelns variieren. Gleichwohl ist mit positiven betrieblichen Ansatzpunkten für eine inner- und außerbetriebliche ökologische Politik zu rechnen, an die sich anknüpfen ließe.

*Drittens:* Historisch wurde allerdings zuerst und immer noch vorrangig ökologischer Protest weniger im Kontext der ökonomischen Interessen von Arbeit und Kapital, die den Externalisierungsprozessen eng verhafteten bleiben, artikuliert,

sondern eher außerhalb des Betriebes, von Seiten klassenunspezifisch »Betroffener«, - wobei dieser Widerstand zunächst insbesondere von intellektuellen Mittelschichten (oder einem »post-aquisitorischen« Bewußtsein bei den Individuen) getragen wurde. So entwickelte sich die Kritik an möglichen Bedrohungsszenarien, an Folgen der politisch gestützten einzelwirtschaftlichen Entwicklung und an der Anwendung von Großtechnologien und dem alles überwölbenden Wachstumsziels in der Industriegesellschaft zunächst innerhalb der Anti-Kernkraft-Bewegung. Angestoßen durch diese Kritik hat sich das Umweltbewußtsein inzwischen jedoch verallgemeinert; es bestimmt heute Orientierungsmuster von Individuen, die als ökologische Interessenartikulation im politischen System wirken, und Konsumentenbewußtsein im ökonomischen Reproduktionsprozeß. Dadurch wurden insgesamt veränderte ökonomische und politische Rahmenbedingungen des Externalisierungsprozesses geschaffen. Diese ökologische Kritik wird vor allem jenseits institutionalisierter Formen, in sozialen Bewegungen vorgetragen. Dadurch wird sie von der Dynamik, aber auch von der sozialen Instabilität dieser Bewegungen abhängig. Dennoch entwickelte sich ein gesellschaftlich hegemonialer ökologischer Diskurs, der wiederum stabilisierend auf ökologiekritische sozialen Verhaltensstrukturen einwirkte.

Von diesen, hier nur knapp umrissenen, veränderten Voraussetzungen des ökologischen Diskurses<sup>7</sup> läßt sich auf positive Ansatzpunkte einer Ökologiepolitik schließen, die der Komplexität des Problems gerecht werden könnte und die zugleich beim Individuum bzw. bei den Interessen des Einzelkapitals ansetzt. Zumindest zeigen die Beispiele, daß auch die zentralen Akteure im ökonomischen System zu der notwendigen Reflexivität fähig sind. Wenn sich diese Reflexivität in Handeln umsetzen ließe, könnte die bornierte Systemrationalität in der kapitalistischen Eigentümergesellschaft tendenziell viel nachhaltiger verändert oder gestört werden, als dies durch einen bloßen Eigentumswechsel (Privat - Staat) möglich wäre - auch wenn natürlich mit der privaten Verfügung über Produktionsmittel als Voraussetzung zweckrationalen Unternehmerhandelns ein mächtiger Hebel stetiger Reproduktion kapitalistischer Systemrationalität erhalten bliebe.

### Grenzen der staatlichen Politik

Um über diesen Umweg unsere zentrale Fragestellung wieder aufzunehmen: Wenn auch demokratische, freiheitliche Gesellschaftsstrukturen eine kritische Öffentlichkeit und die politische Artikulation ökologischer Interessen möglich machen, so ist damit noch keineswegs entschieden, ob sie im politischen System hinreichend »gehört«, adquat »verarbeitet« und »implementiert« werden. Prinzipiell stellen sich drei Probleme bei der Formulierung und der Durchsetzung einer ökologischen Politik via Staat; dabei zeigt sich ein systematischer »bias«

---

7 Vgl. zu einer ausführlichen Diskussion der sozialen Veränderungen und der darin enthaltenen Chancen für eine sich verändernde Gewerkschaftspolitik z.B. Hoffmann u.a. 1990.

zungunsten langfristiger, gesellschaftlicher Interessen im politischen System:

1. Das Problem der Information des politischen Systems: Die ökologischen Kreisläufe sind in ihren wissenschaftlichen und technologischen Voraussetzungen und in ihren ökonomischen und sozialen Folgen derart komplex, daß ein Informationsfluß, der auf die gegebenen funktionalen Bezüge zwischen gesellschaftlichem und politischem System verwiesen ist, faktisch nur bruchstückhaft gelingt (vgl. auch Giegel 1990). Erinnert sei an die jährlich ca. tausend neu entwickelten Substanzen in der Chemie und deren synergetische Effekte, die wissenschaftlich (toxikologisch etc.) und politisch auf ihre Folgen hin bewertet werden müßten. Umgekehrt haben ökologische Folgen sehr komplexe Ursachen (z.B. jene synergetischen Effekte), während das politische System Monokausalität präferiert; in Luhmanns Worten ausgedrückt: der Resonanzboden des politischen Systems ist hier systemisch bedingt beschränkt. Die Akkumulations- und Konsumententscheidungen finden zunächst einmal im rechtsstaatlich geschützten privaten Raum statt (s. u. die Anmerkungen zu den systemischen Grenzen der Politik), so daß Information oft nur als »politischer Skandal« (der aber auch nur die »Spitze des Eisbergs« dokumentiert) zum politischen System durchdringt.

Die Information durch Interessenartikulation erfolgt auf der Basis eines durchaus unterschiedlich gewichteten Zugangs gesellschaftlicher Interessen zum politischen System: Interessen, die sich auf Eigentümer- und Kapitalfunktionen stützen, haben aufgrund der der kapitalistischen Wirtschaft inhärenten »Sachzwänge« (Kapital-/Arbeitsplatzverlust, Steuerquellen) einen bevorzugten Zugang gegenüber Interessen, die »nur« allgemeine, langfristige Orientierungen artikulieren.<sup>8</sup>

2. Das Problem der Verarbeitung im politischen System: Die ökologischen Probleme werden selektiv, auf Ressorts bezogen (Arbeits-, Umwelt-, Wirtschafts-, Justizministerium...), verarbeitet. Auf der Gutachter- und Sachverständigenebene kommen bei dieser Verarbeitung wiederum private Interessen ins Spiel; und die Bürokratie ist i. d. R. mit dem »Kartell der OBERINGENIEURE« konfrontiert, die, scheinbar allein ihrem Sachverstand gehorchend, über den jeweiligen »Stand der Technik« bei der Vermeidung von Externalisierungsprozessen »interessiert« Auskunft geben. Gerade die Komplexität der ökologischen Probleme erfordert aber eine ressortübergreifende Verarbeitung im Sinne vom Querschnittsgesetzen (wie dies ansatzweise beim Chemikaliengesetz versucht wurde) und eine veränderte Kommunikation von Wissenschaft und Politik.

Auch dabei ist festzuhalten, daß das »Kleinarbeiten« des ökologischen Problems unter Legitimationsaspekten von Politik geschieht: Es werden kurzfristige Präferenzen der Eigentümer (Erhalt der Einkommensquellen Kapital und Arbeitsplatz) und symbolische Politikformen wahltaktisch bevorzugt - gegenüber langfristigen ökologischen Präferenzen, die oft nur allzu konkret-detaillistisch oder zu abstrakt-global formuliert werden können.

3. Das Problem der Umsetzung von Politik: Hier ist der aus der kritischen

---

8 Vgl. die in der Politischen Soziologie geführte Diskussion um »voice«- bzw. »exit«-Optionen der Interessenartikulation (dazu insbesondere Hirschman 1970).

Staatsdiskussion der 70er Jahre bekannte Problemkreis der systemischen Grenzen der Politik hervorzuheben. Weil der Staat in seinen »rechtsstaatlichen Funktionen« Eigentum und Freiheit schützt, grenzt er sich selbst aus der privaten Gesellschaft aus. Eine Intervention in der Form von Auflagen, Grenzwertsetzungen, Abgaben bzw. Subventions- und Infrastrukturpolitik erfolgt daher immer nur indirekt - mittels der »Medien« Recht und Geld; manchmal wird die Intervention ergänzt durch »Verhandlungssysteme« (Korporatismus), die nur unter bestimmten Voraussetzungen (Vollzugskontrolle, Rentabilitätskriterium) in der privaten Gesellschaft wirken. Hier ist denn auch das Implementationsproblem angesiedelt, also die Frage, inwieweit die politisch-administrativen Institutionen aus sich selbst heraus und bezogen auf das jeweilig konkrete gesellschaftliche Umfeld überhaupt in der Lage sind, politische Vorgaben in der Gesellschaft durchzusetzen und deren Erfolg zu kontrollieren (das Ökologieproblem ist in der Politikwissenschaft ein Paradebeispiel für das »Vollzugsdefizit« von Politik).

Diese Grenzen gelten zwar allgemein, in besonderem Maße aber für Ökologiepolitiken wie die Arbeitsschutz-, Sozial- und Umweltpolitik sowie für die Wirtschaftspolitik, die die Möglichkeiten von Ökologiepolitik in vielerlei Hinsicht determiniert. Im Extremfall könnte zwar eine »Öko-Diktatur« das benannte Legitimationsproblem u. U. »nach unten abschneiden«;<sup>9</sup> dadurch würden aber keineswegs die Informations- und Vollzugsdefizite beseitigt, sondern eher noch potenziert.

Die systemischen Grenzen der Politik sind es denn auch, die dazu führen, daß einer Politik der Förderung von »end-of-the-pipe-technologies« (d.h. ökologische Reparaturpolitik) gegenüber einer Politik der Prävention der Vorzug gegeben wird; zugleich machen sie marktmäßige Lösungen gegenüber staatlich-bürokratischen attraktiv, suggerieren sie doch eine hohe Kompatibilität von ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Kreisläufen, von Freiheit und Ökologie - jenseits von staatlicher Bürokratie und allgegenwärtiger staatlicher Kontrolle.

Die Politik einer Verhinderung von Externalisierung durch Filter etc. und die der Reparatur von Schäden, die durch Externalisierung entstehen, ist zwar die zur Zeit vorherrschende Umweltpolitik; nachweislich ist sie aber zugleich die ineffektivste, weil sie nicht zur Prävention zwingt und der Gesellschaft hohe Kosten ohne entsprechende Garantie der Schadensbeseitigung auferlegt.

Aber müßten nicht-marktkonforme Lösungen des Ökologieproblems favorisiert werden? Marktradikalen Lösungen, die die Inwertsetzung der Natur anzielen und somit Eigentumsrechte mit ihren externalisierenden Implikationen ausdehnen möchten, um so durch ökonomischen Druck die Unternehmen und Individuen zu präventivem Verhalten zu zwingen, sind nicht nur selbst in einem hohen Maße auf staatliche Planungskapazitäten, Herrschafts- und Kontrolldienste angewiesen,

---

9 Diese Annahme ist übrigens höchst unwahrscheinlich. Wie Untersuchungen zeigen, ist es selbst dem brutalen Regime des Nationalsozialismus nicht gelungen, sich dem Legitimationsproblem zu entziehen; vgl. etwa die Darstellung bei v. Saldern 1983.

also mit den von Markttheoretikern kritisierten Bürokratie- und Vollzugsdefiziten konfrontiert; vor allem würden sie das Problem der Vermeidung von Externalisierungsprozessen durch Internalisierung sozialer Kosten auch nur selektiv lösen können. Gerade weil marktgesteuerte Problemlösungen geldgesteuerte Lösungen sind, müssen die ökologisch gewollten Effekte ungewiß bleiben. Sie hängen davon ab, welche Funktion »Geld« im gesellschaftlichen Prozeß erfüllt. Geld kann ganz unterschiedliche ökonomische Informationen signalisieren und unterschiedliche Handlungen stimulieren. Am Beispiel der »Zertifikatelösung« für die Luftverschmutzung wurde dies bereits exemplarisch herausgearbeitet. Vor allem aber wird in den bislang diskutierten Lösungsansätzen gesellschaftliche Selbstbestimmung und gesellschaftliche Kontrolle jenseits geldvermittelter Marktprozesse systematisch ausgeschaltet, und es wird eine gesellschaftliche Lösung des Informationsproblems unterstellt.

Der in der öffentlichen Diskussion vorherrschende abstrakte Gegensatz zwischen Markt und Staat hat die Fülle von Möglichkeiten ökologischer Politik jenseits von Staat und Markt aus der Diskussion verdrängt oder vergessen lassen. Markt und Staat sind beides Institutionen, die ökologisches Handeln von außen, durch herrschaftliche Impulse, erzwingen - wobei bekanntlich Herrschaft in der einen Institution bürokratisch-direkt, in der anderen ökonomisch vermittelt ist.

### Gesellschaftspolitische Alternativen

Angesichts der Grenzen einer (staatlichen) Ökologiepolitik scheint es vermessen, überhaupt die Möglichkeit ökologischer Steuerung von Ökonomie und Gesellschaft begründen zu wollen. Zu diesem negativen Ergebnis kommen systemtheoretische Formulierungen des Problems, wie Niklas Luhmann (1986) in seiner »ökologischen Kommunikation« zeigt. Die säuberliche systemtheoretische Trennung von Ökonomie, Ökologie und Politik würde durch Versuche eines »Einbaus« ökologischer und sozialer Elemente in die »Steuerungsmechanismen« der Ökonomie in der Tat verwässert - woraus die Theorie dann auf die Unmöglichkeit des Gelingens eines solchen Unterfangens schließt. Was aber, wenn die funktionalen Voraussetzungen der Systembildung (Selbstreferentialität, Selbstreflexivität) durch Formen eines reflexiven Handelns relativiert würden und institutionelle Formen erkämpft oder bereitgestellt werden, die dieses Handeln ermöglichen und fördern?

Angesprochen sind hier Formen der Selbstbestimmung, Mitbestimmung, Partizipation und Kontrolle »von unten«, jenseits des verfassungsmäßig geregelten Zugangs von Interessen zum politischen System, die auf Basis des »ökologischen Diskurses« inner- wie außerbetrieblich »vor Ort« das Ökologie- (oder auch das Arbeitsschutz)problem artikulieren; durch sie ließe sich das Problem im Sinne einer effektiven Präventionspolitik (vgl. dazu Dobernowski u.a. 1991, S. 210ff.) angehen. Wenn durch »politics in production« ökologische Interessen als Handlungsvoraussetzungen in die Produktion und in den Konsum eingehen, könnte ja

erreicht werden, daß soziale Kosten nach Möglichkeit gar nicht erst entstehen.<sup>10</sup> Das Gelingen einer Präventionspolitik ist wesentlich davon abhängig, ob auf den unterschiedlichen Entscheidungs- und Handlungsebenen nicht nur eine reflexive Interessenformulierung im oben angedeuteten Sinn der Vermittlung gesellschaftlicher bzw. individueller und einzelwirtschaftlicher Interessen möglich ist, sondern ob diese Orientierung auch - sei es in »voice«-, sei es in »exit«-Optionen - umgesetzt bzw. selbstbestimmt kontrolliert werden kann. Effektiv ließe sich Präventionspolitik umsetzen, wenn auf allen Ebenen des Reproduktionsprozesses ökologisches Bewußtsein nicht nur vorhanden und kommunikativ verbunden wäre, sondern auch - und dies zu fördern wäre Aufgabe einer staatlichen Regulierungspolitik - praktisch werden könnte.

Wenn unsere These von der hohen Komplexität des Ökologieproblems stimmt und wenn es stimmt, daß der ökologische Diskurs nicht nur gesellschaftlich hegemonial ist, sondern daß dieser Diskurs auch die Arbeitnehmerschaft in den Betrieben längst erreicht hat, dann müssen auf den unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen von Produktion und Konsum die Möglichkeiten einer ökologiekritischen Öffentlichkeit, der ökologischen (und sozialen) Interessenvertretung und der Kontrolle durch Betroffene erweitert werden: durch Intensivierung des ökologischen Diskurses, durch eine ökologisch orientierte Ausweitung der Rechte von Interessenvertretungen und durch die Verteidigung der Grundrechte (also »freiheitlicher« Strukturen) und einer Ausweitung ihres Geltungsbereichs. Das käme einer Institutionalisierung von Lernfähigkeit der Gesellschaft gleich, die Preuß (1990) für ein neues Verfassungsverständnis überhaupt vorschlägt. Auf diese Weise könnten die Dilemmata einer nur über Bürokratie oder Markt vermittelten Ökologiepolitik vermieden werden.

Dies schließt staatliche Politik nicht aus; diese hätte dann vor allem die Aufgabe, gesellschaftliche Interessen in individuellen Interessen zu »verankern« (also soziale Kosten ex ante zu »internalisieren«) und materielle Ressourcen für eine ökologische Politik zu mobilisieren. Eine solche Politikoption, die den Staat selektiv nutzt, ohne seine Regulierungs- und Steuerungskapazität überzubewerten, könnte sicherlich auf landesweite Verbote (z.B. der Herstellung von FCKWs) und strikte Regulierungsvorgaben (bezogen auf Techniklinien etc.) nicht verzichten, sie könnte aber auch marktmäßige Lösungsinstrumente enthalten. Doch Verbote, Auflagen und/oder marktmäßigen Medien könnten sich auf eine andere gesellschaftliche Basis stützen, dadurch ließen sich die »Informations-« und »Vollzugsdefizite« vermindern. Es wäre dies ein Plädoyer dafür, Ansätze und Gewichte einer Ökologiepolitik anders zu setzen: der Akzent läge weder auf Deregulierung noch auf Administration, sondern auf einer qualitativ anderen Regulierung, die die vorhandenen ökologiekritischen Potentiale auf den verschiedenen

---

10 Stellvertretend für die vielen gewerkschaftlichen, betrieblichen und unternehmerischen Initiativen und die differenzierten Anforderungen an eine ökologische Regulierungspolitik kann hier auf die »Die Mitbestimmung«, H. 11-12 (1990) verwiesen werden, in der eine Fülle solcher Beispiele dokumentiert wird.

gesellschaftlichen Ebenen ansprüche und institutionell durch Ausweitung von Partizipation und gesetzlich erweiterten Informations- und Vetorechten in Produktion und Konsumtion verankerte bzw. bestärkte. Freilich wird eine solche Politik nicht die »harten« ökonomischen Systembedingungen, die die kapitalistische Akkumulationsstruktur auf dem Weltmarkt für jede ökologische Politik setzt, in jedem Einzelfall »aufweichen« können. Doch sie erhöht die Chancen für eine gesellschaftlich getragene Kritik an diesen Systemimperativen und damit die Chance einer Veränderung im Sinne der Verschiebung von »Tätigkeitsgrenzen« (vgl. Blanke u.a. 1975) politischen Handelns und der von Alex Demirovic (in seinem hier abgedruckten Aufsatz) eingeforderten »Kultur des Konsenses«, welche Resultat und Voraussetzung einer demokratischen gesellschaftlichen Regulierung des Ökologieproblems ist.

Der normative Schluß meiner Überlegungen könnte also durchaus begründet werden: Freiheit und Demokratie sind angesichts der Widersprüche kapitalistischer Gesellschaften keine Garantie für eine ökologische Politik; sie müssen aber als politische Chance in der ökologischen Krise Bestand haben - als gesellschaftliche Voraussetzungen eines ökologischen und sozialen Umbaus der kapitalistischen Industriegesellschaft, zur Durchsetzung einer veränderten Logik der Akkumulation und der gesellschaftlichen Reproduktion, in der Freiheit und Demokratie mit sozialer Emanzipation und ökologischer Vernunft vermittelt sind.<sup>11</sup> Im Resultat würde in einem solchen Prozeß der kodifizierte Freiheitsbegriff zuungunsten der freien Verfügung über Besitz (ob Verfügung über - gekaufte - Arbeitskraft oder materiellen Besitz) verschoben. Dies käme einer Entwicklung gleich, die der historischen Durchsetzung des Sozialstaats vergleichbar wäre, allerdings ohne dessen etatistische Züge.

Eine effektive Ökologiepolitik erschöpft sich daher nicht in einer Politik der Verteidigung und inhaltlichen Ausweitung der Grundrechte, ist aber eng an die dadurch eröffneten Räume einer (sanktionsfreien) Öffentlichkeit gebunden - auch wenn die darin enthaltenen Ambivalenzen (die Alex Demirovic in seiner Kritik an Ulrich Preuß herausstellt) und der zeitliche und politisch-organisatorische Aufwand diskursiver Lösungen sozusagen als »politische Kosten« einer nicht-autoritären und nicht-marktradikalen Lösung ertragen werden müßten. In diesem Sinne könnte die Durchsetzung ökologischer Interessenartikulation - in der Form einer Erweiterung von individuellen und kollektiven Rechten - als Teil eines Projekts »reflexiver Modernisierung« bzw. einer »reflexiven Rationalisierung«

11 Die hier vorgetragene Begründung steht zugegebenermaßen »auf schwachen Füßen«. Denn die These einer Stabilisierung veränderter Orientierungsmuster des Handelns auf der Basis von Diskursen läßt sich aus den Systemstrukturen nicht ableiten; sie könnte nur durch empirische Untersuchungen gesellschaftlicher Prozesse erhärtet werden. Deswegen ist die hier skizzierte politische Option auch nicht in Schubladen wie denen des »dritten Wegs« einzuordnen. Konzepte eines »dritten Weges« gehen allemal von fixierten Vorstellungen einer Zukunftsgesellschaft aus. Mir aber geht es um die Mobilisierung des emanzipativen Potentials »hier und jetzt«, ohne daß ich mir Illusionen über die Risiken machte, die durch die dominante kapitalistische Struktur gegeben sind.

(Gorz) verstanden werden. Das müßte letztlich das gegebene Reproduktionssystem und die darin enthaltene gesellschaftliche Arbeitsteilung (Ausdifferenzierung) verändern. Die »politischen Kosten« einer etatistischen oder die einer marktradikalen Lösung - von einer »Öko-Diktatur« ganz zu schweigen - wären jedenfalls ungleich höher und deren Effektivität wäre mit Sicherheit allemal geringer.

## Literatur

- Brandes, V. u.a. (Hg.) (1977): *Handbuch Staat*, Köln
- Blanke, B. u.a. (1975): Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des brügerlichen Staates, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 6 (1975), Opladen
- Demirovic, A. (1991): Ökologische Krise und die Zukunft der Demokratie, in: *PROKLA*, Nr. 84 (1991) (in diesem Heft)
- Dobernowski, M. u.a. (1991): *Denn schließlich produzieren wir Chemie*. Die Externalisierung sozialer Kosten am Beispiel der chlorierten Kohlenwasserstoffe, Düsseldorf (Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung)
- Giegel, H.-J. u.a. (1988): *Industriearbeit und Selbstbehauptung*, Opladen
- Giegel, H.-J. (1990): Die ökologische Krise in der Arbeitsgesellschaft, *Symposion »Ökologie des Betriebs«*, Hamburg (im Erscheinen)
- Heine, H./Mautz, R. (1989): *Industriearbeiter contra Umweltschutz*, Frankfurt/M., New York
- Hirschman, A. O. (1970): *Exit, Voice and Loyalty*, Cambridge/Mass.
- Hoffmann, J. u.a. (Hg.) (1990): *Jenseits der Beschlußlage - Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt*, Köln
- Inglehart, R. (1977): *The Silent Revolution*, Princeton
- Kapp, K. W. (1988): *Die sozialen Kosten der Marktwirtschaft*, Frankfurt/M. (Erstauflage 1950/ dt.: 1958)
- Klotz, U./Tiemann, H. (1990): Aus Betroffenen Beteiligte machen, in: *Die Mitbestimmung*, Nr. 9 (1990)
- Luhmann, N. (1986): *Ökologische Kommunikation*, Opladen
- Naschold, F. (Hg.) (1985): *Arbeit und Politik*, Frankfurt/M., New York
- Perrow, Ch. (1986): Lernen wir etwas aus den jüngsten Katastrophen? in: *Soziale Welt*, Nr. 4 (1986)
- Preuß, U. K. (1989): Perspektiven von Rechtsstaat und Demokratie, in: *Kritische Justiz*, Nr. 1 (1989)
- Preuß, U. K. (1990): *Revolution, Fortschritt und Verfassung*. Zu einem neuen Verfassungsverständnis, Berlin
- Schramm, E. (1990): Die Verwissenschaftlichung der Oppositionsbewegungen, in: *PROKLA*, Nr. 79 (1990)
- v. Saldern, A. (1983): Permanente Krise? in: *PROKLA*, Nr. 52 (1983)